

Das europäische System nach dem Ende des Kalten Krieges

Wettig, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wettig, G. (1997). *Das europäische System nach dem Ende des Kalten Krieges*. (Berichte / BIOst, 1-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42781>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Fehlende systemische Analyse der internationalen Beziehungen	5
Unterteilung des internationalen Systems in einzelne Elemente	5
Kriegsverhütung in Europa	15
Nicht-Verbreitung gefährlicher Waffen	17
Rolle der Flügelmächte USA und Rußland in Europa	18
Europa zwischen Nationalismus und Integration	20
Die gemiedene Mitte	22
Summary	25

13. Dezember 1996

Gerhard Wettig

Das europäische System nach dem Ende des Kalten Krieges

Bericht des BIOst Nr. 1/1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

Das Thema des vorliegenden Berichts sind die veränderten Strukturen, die das internationale System Europas nach der weltpolitischen Wende der Jahre 1989-91 kennzeichnen. In einem ersten Hauptteil werden Merkmale formuliert, anhand deren sich ein internationales System definieren läßt. Die folgenden Ausführungen charakterisieren auf der damit gewonnenen Basis grundlegende Elemente des europäischen Systems, das sich seit Anfang der neunziger Jahre herausgebildet hat.

Ergebnisse

1. Ein System der internationalen Beziehungen läßt sich in zwei hauptsächliche Merkmalgruppen unterteilen: Konstellation zwischen den Akteuren und Zustand der Akteure.
1. Die Merkmalgruppe der Konstellation läßt sich in Merkmale der Beziehungsstruktur und Merkmale der Akteursdisposition aufgliedern.
3. Die Merkmalgruppe des Zustandes, in dem sich die einzelnen Akteure befinden, läßt sich in Merkmale ihres Verhältnisses zur Außenwelt und Merkmale der innenbestimmten Fähigkeiten einteilen.
4. Wird dieser theoretische Ansatz auf das System der Beziehungen im gegenwärtigen Europa angewendet, ergeben sich bedeutsame analytische Einsichten.
5. Seit ihrem Eintritt in das europäische System haben die beiden Flügelmächte jeweils stark auf Europa eingewirkt. Die gegensätzliche Tendenz dieser Einwirkungen macht sich noch heute deutlich bemerkbar, obwohl die Periode des Kalten Krieges abgeschlossen ist.
6. Ungeachtet des fortschreitenden Integrationsprozesses, kommt Westeuropa wegen seiner multipolaren Struktur nicht ohne die USA aus. Demgegenüber befindet sich Rußland in einem Zustand innerer Schwäche, der kaum positive Beiträge zur Lösung europäischer Probleme erlaubt.
7. Das Gebiet der früheren UdSSR schafft wegen der Defizite an innerer Autorität, welche die dort neu entstandenen Staaten weithin kennzeichnen, erhebliche Schwierigkeiten bei der Lösung der Aufgabe, die Verbreitung gefährlicher Waffen zu verhindern.

8. Mit den während des Kalten Krieges bestimmenden Faktoren der Bipolarität und der Abschreckung ist die damals weithin gelungene Kriegsverhütung auf dem europäischen Schauplatz entfallen. Im Osten und Südosten des Kontinents sind auf dem Boden der früheren UdSSR und des früheren Jugoslawiens blutige Kriege ausgebrochen, die kennzeichnenderweise innerstaatlichen Charakter haben.
9. Da die europäischen Hauptmächte nicht länger in prinzipiellem Gegensatz zueinander stehen, ist jedoch eine Eskalation der militärischen Konflikte unwahrscheinlich. Negative Wirkungen indirekter Art, die als Folge der geführten Kriege auftreten, fördern zudem ein Interesse nicht beteiligter Länder an deren Beendigung.
10. Die wichtigste Ursache für innerstaatliche Konflikte ist das ethnisch-nationale Motiv. Es wäre jedoch verfehlt, den Nationalismus generell negativ zu bewerten. Die nationale Idee hat sich seit der Französischen Revolution in Europa ausgebreitet und ergreift, ohne im Westen fallengelassen worden zu sein, mittlerweile den Osten des Kontinents als eine Region, in der sie bisher durch imperiale Repression an der Verwirklichung gehindert worden ist. Erst auf der Basis nationalstaatlicher Strukturen, die westeuropäischen Vorbildern entsprechen und so wie dort einen Reifeprozess ermöglichen, wird es zu einer Stabilisierung in Ost- und Südosteuropa kommen können.
11. Deutschlands Geschichte ist weithin durch die Nachteile und Risiken bestimmt worden, die sich aus seiner geopolitischen Lage in der Mitte Europas ergeben haben. Das Land sucht einer Wiederholung dadurch vorzubeugen, daß es auf dem Weg der Integration in den Westen, vor allem in NATO und EU, konsequent weiter voranschreitet.
12. Die ostmitteleuropäischen Länder sind durch die Wiedergewinnung der nationalen Unabhängigkeit, die mit dem Auseinanderbrechen des "äußeren" wie "inneren" sowjetischen Imperiums eingetreten ist, in die früher den Deutschen zugewiesene europäische Mittellage gerückt. Wie diese, so suchen auch sie einen Ausweg aus den damit verbundenen Risiken und Nachteilen, indem sie nach Integration in den Westen, vor allem in NATO und EU, streben.

Fehlende systemische Analyse der internationalen Beziehungen

Ein Untersuchungsgegenstand läßt sich erst dann wissenschaftlich - d.h. auf eine über individuelle Impressionen hinausgehende wiederholbare Weise - erfassen, wenn er einer systematischen Beschreibung zugänglich geworden ist. Eine hervorragende Möglichkeit dafür ist, ihn als System, d.h. als einen einheitlichen Gesamtzusammenhang, zu verstehen, dessen interdependente Elemente (Merkmale) definiert sind.

Auf den ersten Blick hin sieht es so aus, als wäre eine derartige Herangehensweise bei der Analyse der internationalen Beziehungen gebräuchlich: Bezeichnungen wie "internationales System", "Staatsystem" oder "Konzert der Mächte" finden weithin Verwendung. Schaut man jedoch genauer hin, entspricht dieser Terminologie keine klare Vorstellung, welche die Grundlage für einen Untersuchungsansatz bilden würde. Was hier im einzelnen als "System" gelten soll, bleibt unbestimmt und damit dem Zufall individueller Impression und dem Dunkel ungenannter Kriterien überlassen. Eine begriffliche Klärung dessen, was als "System" angesprochen wird, findet nicht statt. Bezeichnenderweise gibt es unter den zahlreichen Theorien der internationalen Beziehungen keine, welche die letzteren unter Systemgesichtspunkten betrachtet.¹ In den einschlägigen Fachlexika fehlt ein entsprechendes Stichwort.²

Der Zweck der folgenden Ausführungen ist es, Überlegungen zu formulieren, die helfen können, die Lücke zu schließen. Anschließend soll gezeigt werden, daß die vorgeschlagene systemische Herangehensweise geeignet ist, wesentliche Kennzeichen des internationalen Beziehungsgeflechts auf dem europäischen Kontinent und dessen Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges zu erfassen und einer systematischen Analyse zugänglich zu machen. Wie dem Autor scheinen will, beleuchtet die systemische Betrachtungsweise auf besondere Weise manche der Grundprobleme, vor denen die europäische Staatenwelt gegenwärtig steht. Dabei liegt die Prämisse zugrunde, daß es ein Netzwerk systemkonstitutiver Beziehungen gibt, das entscheidende Bedingungen für die Interessen und das daraus folgende Vorgehen der internationalen Akteure setzt.

Unterteilung des internationalen Systems in einzelne Elemente

Ein System der internationalen Beziehungen läßt sich in zwei Hauptbereiche unterteilen: das wechselseitige Verhältnis zwischen den beteiligten Akteuren (meist Staaten, aber gegebenenfalls auch supra- oder substaatliche Inhabern faktischer Souveränität) und der Zustand (die "Befindlichkeit") dieser den Gesamtzusammenhang bildenden Akteure. In dem einen Fall

¹ Vgl. Volker Rittberger (Hrsg.), Theorien der internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Sonderheft der "Politischen Vierteljahresschrift", Opladen 1990; Reinhard Meyers, Theorien der internationalen Beziehungen, in: Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch der internationalen Politik, Bonn 1995 (6. Aufl.).

² Vgl. Karl Dietrich Bracher/Ernst Fraenkel, Internationale Beziehungen. Das Fischer Lexikon, Frankfurt/Main 1969; W. Woyke, a.a.O.

geht es um die Konstellation des Systems insgesamt, in dem anderen um die sich zu dieser zusammenfügenden Einzelteile. Die Konstellation wird sowohl durch Strukturen des wechselseitigen Verhältnisses und als auch durch die Dispositionen der zusammenwirkenden Teile bestimmt. Der Rolle der Akteure im System liegen das Verhältnis zur Außenwelt und die inneren Potenzen zugrunde. Jede der so definierten Elemente- bzw. Merkmalgruppen läßt sich weiter in Unterkategorien aufgliedern. Auf diese Weise kann man zwölf Elemente bzw. Merkmale der dritten Ordnung bilden, wie sie in der folgenden Tabelle aufgelistet sind.

System der internationalen Beziehungen

<i>I.</i>	<i>Konstellation</i>
1.	Strukturen des wechselseitigen Verhältnisses
	- Reichweite des Systems
	- Regionsbildung innerhalb des Systems
	- Machtverteilung innerhalb des Systems
2.	Dispositionen der Akteure
	- Einfluß im Einzelfalle
	- Spielraum innerhalb des Systems
	- Kriegerische Optionen
<i>II.</i>	<i>Akteure</i>
1.	Verhältnis zur Außenwelt
	- Außenpolitisches Dispositiv (posture)
	- Interrelation
	- Interpenetration
2.	Fähigkeiten im Innern
	- Ressourcen und Potentiale
	- Autonomie und Autorität
	- Kohäsion

Die einzelnen Begriffe, die in der vorstehenden zwölffachen Merkmalsdefinition des internationalen Systems benutzt werden, bedürfen der näheren Erläuterung.

Reichweite des Systems. Das System der internationalen Beziehungen in dem hier definierten Sinne bildet ein Teilsystem im globalen Rahmen. Dementsprechend bedarf es der Abgrenzung gegenüber anderen (Teil-)Systemen. Dabei können sich verschiedene Systeme

überlappen, weil einzelne Akteure zu mehr als einem System gehören können. Im Falle des europäischen Systems gilt dies insbesondere für die beiden Flügelmächte USA und Rußland. Die Reichweite nach außen ist für das System entscheidend wichtig. Die Vereinigten Staaten haben im 20. Jahrhundert durch ihren Eintritt in das europäische System Entwicklungen eingeleitet, zu denen es sonst nicht gekommen wäre. Das gilt nicht nur für die Periode der Ost-West-Konfrontation, als sie die Ausdehnung des sowjetischen Systems und der sowjetischen Herrschaft über den 1945 von der Roten Armee eroberten Bereich hinaus verhinderten. Auch die amerikanische Beteiligung an zwei Weltkriegen hat das Gesicht des europäischen Kontinents grundlegend verändert. Die aktive Mitgestaltung der Verhältnisse in Europa durch Rußland seit Beginn des 18. Jahrhunderts war kaum von geringerer Bedeutung. Auch in Zukunft kommt der Frage entscheidende Wichtigkeit zu, ob bzw. inwieweit die beiden Flügelmächte als Teil des europäischen Systems agieren werden.

Regionsbildung innerhalb des Systems. Die objektiv gegebenen Handlungsmöglichkeiten eines Akteurs beruhen zunächst einmal auf Faktoren der physischen Geographie. Deren politische Bedeutung ergibt sich daraus, daß sich die einen Akteur umgebenden Positionen in der Hand anderer Akteure sind, die jeweils Interessen verfolgen und mit Macht ausgestattet sind. Das heißt auch, daß die geopolitischen Verhältnisse in gewissem Umfang als variabel gelten müssen: Zwar bleiben die Gegebenheiten der physischen Geographie gleich, aber das durch Interesse und Macht bestimmte Dispositiv (posture) der anderen Akteure kann sich ändern. Sogar die Identität der umgebenden Akteure unterliegt grundsätzlich dem geschichtlichen Wandel durch Spaltungen, Zusammenschlüsse, Umgestaltungen und im Extremfall durch Neuentstehen oder Auslöschung. Die geopolitische Lage bildet weithin die Grundlage der auswärtigen Bedingungen, mit denen sich ein internationaler Akteur konfrontiert sieht: die Wünsche, Forderungen und Ansprüche anderer an ihn samt der dabei einsetzbaren Potentiale. Umgekehrt hat auch der Akteur geopolitisch bedingte Wünsche, Forderungen und Ansprüche, zu deren Erreichung er die sich geopolitisch bietenden Potentiale nutzt.

Die geopolitischen Einheiten innerhalb eines internationalen Systems lassen sich als Regionen bezeichnen. Es handelt sich dabei um staatenübergreifende Gebietseinheiten, deren Mitglieder durch lagebedingte Gemeinsamkeiten miteinander verbunden sind und daher ein Subsystem des Gesamtsystems bilden. Eine derartige Region kann in vielerlei Formen existieren. Die Palette reicht von informellen, vielleicht nur als gedankliche Konstrukte bestehenden Gruppierungen bis hin zu vertraglich besiegelten Zusammenschlüssen, in denen die Interessengemeinschaft zu festgelegten Verpflichtungen der Teilnehmer untereinander, möglicherweise sogar zu einer Integration von Entscheidungen und Maßnahmen führt. Es ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen Regionen, die sich formlos kraft bloßer "Vernunft der Lage" bilden, und solchen, die aufgrund von Willensakten der Beteiligten entstehen und dementsprechend auch von den "natürlichen Gegebenheiten" abweichen können. Zur Kategorie der willentlich hergestellten Regionen gehören insbesondere Bündnisse, die oft über die begrifflich definierten Regionen hinausgreifen und als künstlich geschaffene Gebilde die "natürlich" erscheinende Regionseinteilung verändern.

Es gibt auch den Fall, daß die Staaten einer Region, ihrem als objektiv deduzierten Interesse zuwider, nicht zueinander finden, indem sie es versäumen, geopolitischen Gemeinsamkeiten zu entsprechen und danach ihr Vorgehen zu koordinieren. Als vereinzelt Handelnde können die Akteure die Interessen einer dieserart aufgesplitterten Region gegenüber der Außenwelt nur sehr unvollkommen geltend machen mit der Folge, daß die Region im internationalen Kräftespiel Nachteile, eventuell sogar ihre Auslöschung hinnehmen muß, denn auswärtige Akteure können sie leicht auseinanderdividieren. In diesem Elend befand sich Ostmitteleuropa in den zwanziger und dreißiger Jahren, als die dortigen Staaten vielfach miteinander verfeindet waren und damit wesentliche Voraussetzungen ihre folgende Unterwerfung durch Hitler und Stalin schufen.

Machtverteilung innerhalb des Systems. Auch in Systemen, denen - wie der europäischen Pentarchie des 17. bis 19. Jahrhunderts - ein "Gleichgewicht" zugeschrieben wird,³ ist die Macht nicht gleichmäßig verteilt: Auch in exklusiven Clubs von Großmächten gibt es wegen der unterschiedlichen Fähigkeiten und der nicht-identischen geopolitischen Positionen ihrer Mitglieder Rangfolgen der Macht. Noch deutlicher treten die Differenzierungen bei denjenigen Akteuren hervor, die in einem derartigen System nicht zum Kreis der "Großen" gehören. Die mit dem Status eines Klein- oder auch Mittelstaates verbundene schwächere Stellung läßt diesen nicht selten zum Objekt der Großmächte werden. Noch deutlicher wird die Existenz von Abhängigkeiten in jenen Systemen, bei denen gar nicht erst von einem "Gleichgewicht" die Rede ist, weil der Einfluß eines Hegemons dominiert oder gar eine Oberherrschaft besteht, welche die anderen Akteure satellisiert.

Eine genauere Differenzierung der verschiedenen Varianten ist möglich, wenn man von uni-, bi- und multilateralen Systemen spricht, wobei sich die jeweilige Prädominanz noch nach Art und Umfang charakterisieren läßt. Die Kategorisierungen können auch auf regionale Subsysteme Anwendung finden. Damit vergrößern sich die Definitionsmöglichkeiten weiter: Ein Gesamtsystem, das bi- oder multipolaren Charakter trägt, kann in seinen verschiedenen Regionen jeweils anders strukturiert sein. Das war beispielsweise während des Kalten Krieges der Fall, als Ost und West zusammengenommen ein bilaterales System bildeten, das in zwei Subsysteme zerfiel, von denen das eine von einer satellisierenden, das andere von einer hegemonialen Supermacht dominiert war.

Die Machtverteilung in dem jeweiligen System oder Subsystem ist eine wichtige Bestimmungsgröße für die Fähigkeit zu handeln. In einem unipolaren Kontext steht das Vorgehen unter der Führung des präponderanten Akteurs. Dieser kann, wenn er Interesse an der Regelung eines Problems hat und sich dafür engagiert, in aller Regel die anderen zu wirksamem Handeln vereinen. Bei einer multipolaren Machtverteilung jedoch gibt es keine von vornherein anerkannte Führung. Das macht es schwierig, nicht selten unmöglich, die Anstrengungen der verschiedenen Akteure auf ein gemeinsames Ziel zu lenken. Unter den Bedingungen einer - üblicherweise mit Rivalität verbundenen - Bipolarität ist ein einheitliches Vorgehen der Beteiligten geradezu ausgeschlossen. Daraus ergibt sich als

³ Vgl. näher Michael Sheehan, *The Balance of Power. History and Theory*, London 1995.

praktische Konsequenz: Wirksames Vorgehen hängt weithin von der Polaritätsstruktur ab bzw. davon, welches System oder Subsystem sich einer Aufgabe annimmt.

Einfluß im Einzelfalle. Das relative Ausmaß, in dem ein Akteur generell über Macht innerhalb des Systems verfügt, ist nicht notwendigerweise identisch mit seiner Fähigkeit, in bestimmten Einzelfällen Einfluß auszuüben. Denn unter Umständen kann ein schwacher Akteur einen disproportional großen Einfluß ausüben, weil er im vorliegenden Fall den Mächtigen als unverzichtbar gilt und/oder durch besonderen Einsatz das Geschehen bestimmt. Der Erste Weltkrieg wurde beispielsweise gegen die Absicht der drei damals wichtigsten Staaten Großbritannien, Deutschland und Rußland ausgelöst, weil diese jeweils durch Rücksichten auf verbündete Staaten ihre Handlungsfreiheit entscheidend eingeengt hatten.⁴ In diesem Falle wurde der unverhältnismäßig große Einfluß der nachrangigen Akteure durch beide Gründe hervorgerufen, die dafür in Betracht kommen: durch lagebedingte Abhängigkeit der "Großen" und durch deren Inkompetenz bei der Handhabung der Situation.

Spielraum innerhalb des Systems. Auch der Spielraum für selbstbestimmtes Handeln wird nicht unbedingt durch das Ausmaß der verfügbaren Macht festgelegt. Ein Akteur, auf den sich viele fremde Interessen konzentrieren, mag trotz großer Macht nur wenig Spielraum haben, weil die Ablehnungsfront zu viele Kräfte vereint. Ein anderer Akteur dagegen, der bedeutend schwächer ist, mag sehr viel freier über seine Angelegenheiten entscheiden können. Ein solcher Fall war etwa nach dem Zweiten Weltkrieg Österreich, das zwar ungleich weniger Macht verkörperte als Deutschland, gerade darum jedoch bei anderen Mächten, vor allem bei der UdSSR, weniger Interesse und damit Willen zu hemmender Einflußnahme erweckte. Nicht zuletzt diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß ihm die Sieger von Anfang an weit mehr innere Freiheit zubilligten und schließlich nach einem Jahrzehnt volle Selbstbestimmung auf der Basis einer Herausnahme aus der Ost-West-Konfrontation einräumten, während die Deutschen beiderseits als Mitstreiter in Anspruch genommen wurden und daher bis zum Ende des Kalten Krieges im Zustand der Teilung verharren mußten.

Kriegerische Optionen. Die Fähigkeit, nach eigenem Ermessen Krieg zu führen, ist nach klassischer These der Kern der staatlichen Souveränität. Auch wenn inzwischen militärische Auseinandersetzungen für die entwickelten Industrieländer eine sehr riskante und geradezu katastrophale Sache geworden ist, um noch als willkürlich verwendbar zu gelten, ist deren Möglichkeit nicht von vornherein ausgeschlossen. Es bedarf bewußter und dauernder

⁴ Deutschland war international isoliert; es besaß gegenüber einer wachsenden Zahl potentieller Kriegsgegner nur noch Österreich-Ungarn als Verbündeten. Das veranlaßte die deutsche Führung während einer kritischen Zeitspanne zu übermäßiger Rücksichtnahme. In Wien aber gaben weithin Personen den Ton an, welche die bedrohte Existenz der Doppelmonarchie durch Abrechnung mit dem bedrohlichen serbischen Nationalismus sichern wollten. Eine Schwächung Serbiens wiederum glaubte der - eigentlich zum Frieden neigende - russische Kaiser nicht zulassen zu dürfen. Berlin und Sankt Petersburg eskalierten daher ihre Maßnahmen gegeneinander, die in dem Augenblick zum Krieg führten, als Berlin und London einen Ausweg aus der Krise gefunden hatten. Dadurch wurde Frankreich involviert, dessen Gefährdung wiederum das mit diesem durch eine Entente verbundene Großbritannien nicht zulassen wollte. Auf diese Weise erlaubte es eine heikle, antagonistisch strukturierte Konstellation in Europa einem serbischen Terroristen, durch den Mord am österreichisch-ungarischen Thronfolger die Zerstörung des europäischen Staatensystems einzuleiten.

Bemühungen, um zwischen den entwickelten Industrieländern einen Zustand verlässlichen Friedens herzustellen. Nur so können die nicht allein in der Dritten Welt, sondern auch auf europäischen Schauplätzen stattfindenden Kriege eingedämmt und beendet werden. Auch wenn Kriegsverhütung statt Kriegführung der Imperativ ist, bleibt die Eventualität des militärischen Konflikts grundsätzlich bestehen.

Soweit die Akteure nicht in ein Verhältnis zueinander getreten sind, das Krieg von vornherein ausschließt, ist nach wie vor die Frage wichtig, wer unter welchen Umständen gegen wen Krieg zu führen vermag. Wer in dieser Hinsicht über einseitige Fähigkeiten verfügt, kann - wenn er nicht von Dritten daran gehindert wird - davon militärischen Gebrauch machen, um sich die andere Seite zu unterwerfen. Noch wichtiger ist, daß eine derartige ungekonterte Option einem rücksichtslosen Akteur Pressionen ermöglicht. Die Ausübung von Druck und/oder die Anwendung von Gewalt kann allerdings auch der Wahrung bzw. Wiederherstellung von Frieden dienen. Das Konzept der "friedenserhaltenden" und "friedensschaffenden" Einsätze, das in der UNO, in der NATO und anderswo nach dem Ende des Kalten Krieges Hochkonjunktur hat, beruht auf dieser Einsicht, und es läßt sich argumentieren, daß humanitäre und zivilisatorische Katastrophen, wie sie sich insbesondere auf dem Boden des früheren Jugoslawien zugetragen haben, durch rechtzeitige und entschlossene Übernahme entsprechender "Friedensmissionen" hätten verhindert werden können.

Soweit die Option der Kriegführung unter Akteuren ausgewogen ist, d.h. die Option der einen Seite durch eine gleichwertige Option der anderen Seite gekontert wird, so daß ein Krieg gegeneinander vernünftigerweise nicht in Betracht kommt, kann man von einem militärischen Gleichgewicht sprechen.⁵ Inwieweit ein Akteur Kriegführungsoptionen besitzt, hängt vom Verhältnis zu der jeweiligen anderen Seite ab und bestimmt sich nicht allein durch die Machtrelation. Wie die verschiedenen Arten der nicht-konventionellen Kriegführung gezeigt haben, spielen Faktoren wie das Ausmaß der Verwundbarkeit eines Territoriums aufgrund seines technisch-organisatorischen Entwicklungsstandes, der Wille und die Fähigkeit der Kämpfer zum Untertauchen in der Bevölkerung und die Einsatzbereitschaft der streitenden Seiten für ihre jeweilige Sache eine wesentliche Rolle.

Außenpolitisches Dispositiv (posture). Neben Konstellationen ist in einem internationalen System auch das Verhalten der Akteure wichtig. In der Regel ist dieses nicht erratisch, sondern folgt mehr oder minder durchgängigen Mustern. Diese verdichten sich insbesondere in der prinzipiellen Haltung, die ein Akteur gegenüber anderen einnimmt. Damit gemeint sind nicht allein grundlegende Einstellungen wie Aggressivität oder Kooperationswilligkeit, sondern auch die Fähigkeit zur Umsetzung des anvisierten Vorgehens in die Praxis. Das außenpolitische Dispositiv umfaßt daher die verschiedenen Elemente der Aktions- und Reaktionsbereitschaft gegenüber der Außenwelt. Da es sich dabei um ein gegliedertes

⁵ Hierzu hat sich der Autor verschiedentlich näher geäußert: Das Problem des militärischen Gleichgewichts, in: Außenpolitik, 4/1982, S. 337-345; Zum Begriff des militärischen Gleichgewichts, in: Ortwin Buchbender/Hartmut Bühl/Heinrich Quaden (Hrsg.), Sicherheit und Frieden, Herford 1983, S. 277-281; Die militärischen Optionen in Europa, in: Erhard Forndran/Gert Krell (Hrsg.), Kernwaffen im Ost-West-Vergleich, Baden-Baden 1984, S. 117-155.

Verhaltensmuster handelt, erscheint es berechtigt, dafür den Begriff des - ursprünglich eine Struktur militärischer Bereitschaft für den Kriegsfall bezeichnenden - Dispositivs zu verwenden.

In einem internationalen System ist es das zentrale Kriterium des außenpolitischen Dispositivs, wie der Akteur zu den bestehenden territorialen und sonstigen zwischenstaatlichen Verhältnissen steht. Ist er saturiert und darum ein Verfechter des Status quo, oder verfolgt er revisionistische Ziele? In welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln setzt er diese grundsätzliche Orientierung in die Praxis um? Erst aufgrund der Kenntnis dieser Faktoren ist es möglich, Platz und Rolle eines Akteurs im jeweiligen internationalen System zu bestimmen. Die Außenwelt sieht zu recht dessen Einstellung zum Status quo und deren operative Umsetzung als die Basis für alle weiteren Einschätzungen an. Übereinstimmung und Konflikt, Vertrauen und Argwohn, Akzeptanz und Ablehnung im Verhältnis zu ihm bestimmen sich von daher.

Das wußte Bismarck, als er nach Durchsetzung der deutschen Einheit sein Land mit Nachdruck für saturiert erklärte. Indem er den bis dahin verfolgten revisionistischen Kurs als beendet bezeichnete, stabilisierte er nicht nur das europäische System. Er stellte auch die gefährdete Übereinstimmung mit Rußland und Großbritannien wieder her und schuf die Grundlage für ein Einvernehmen mit Österreich-Ungarn. Zugleich isolierte er Frankreich, welches das von Deutschland annektierte Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen strebte, und trug dem Interesse an der Niederhaltung der ostmitteleuropäischen Nationalbewegungen Rechnung, das ihn mit den russischen und österreichischen Führungen verband. In analoger Weise war es eine epochale Wende, als die UdSSR nach Stalins Tod allmählich, auf einsetzende Erschütterungen ihrer Herrschaft in den westlichen Gebieten des "äußeren Imperiums" reagierend, von einem Kurs ideologisch bestimmter Expansionserwartung zu einem Kurs der Status-quo-Verteidigung überging. Erst auf dieser Grundlage wurden Entspannung und Modus-vivendi-Übereinkünfte zwischen Ost und West möglich, die den Kalten Krieg zwar nicht beendeten, wohl aber partiell entschärften. Als der Kreml dann Ende der achtziger Jahre auf den Einsatz seiner Militärmacht zur Aufrechterhaltung des dem östlichen Europa aufgezwungenen Status quo verzichtete, führte dies zum Ende des Kalten Krieges, der Teilung Deutschlands und des sowjetischen Imperiums.

Interrelation. Für einen internationalen Akteur sind Imponderabilien wie Vertrauen und Ansehen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Machiavelli, der sich prinzipiell nicht um moralische Vorstellungen scherte, wußte dies und empfahl daher seinem Fürsten, einen Betrug nur dann zu begehen, wenn das Ziel wirklich lohne. Denn wenn man Vertrauen um kleiner Gewinne willen verspiele, erleide man einen disproportional großen Verlust. Richelieu hielt das "Prestige" als Inbegriff des einem Staate gewährten moralischen Kredits und der ihm entgegengebrachten Sympathie für eine der allerwichtigsten Errungenschaften, die niemals aufs Spiel gesetzt werden dürfe.

Das läßt sich anhand deutscher Erfahrungen nach 1945 bestätigen. Nur wegen des Vertrauens, das sich die Bundesrepublik in den Nachkriegsjahrzehnten im Westen erworben hatte, wurde die Wiedervereinigung Deutschlands möglich. Eine Schlüsselrolle im Prozeß dieser Vertrau-

ensbildung kommt dem Zuverlässigkeitstest zu, den die Bundesregierung 1983/84 bestand, als sie die INF-Raketen der NATO trotz größten Drucks im Innern und aus dem Osten stationierte. Die USA stellten sich aufgrund der jahrzehntelang erhärteten Überzeugung, daß Deutschland auch nach Wiedergewinnung seiner Einheit ein verlässlicher Partner in NATO und EU sein werde, entschieden auf die Seite Bundeskanzler Kohls und seiner Vereinigungspolitik; die zunächst reservierten Verbündeten Großbritannien und Frankreich waren anschließend aus dem gleichen Grund bereit, der amerikanischen Führung zu folgen.⁶

Die negativen Folgen eines Verhaltens, das Imponderabilien außer Betracht läßt, wird an Hitlers Gang in den Zweiten Weltkrieg deutlich. Nachdem ihm die westeuropäischen Mächte 1938 die Tschechoslowakei ausgeliefert hatten, war er davon überzeugt, daß sie auch wegen Polens nicht in einen Krieg eintreten würden. Dabei übersah er, daß ihm London und Paris beim Münchener Abkommen nationalstaatliche Bestrebungen zugute gehalten hatten. Nach der Besetzung von Böhmen und Mähren im März 1939 galt er jedoch als bloßer Imperialist, dem konsequent entgegenzutreten man fortan für geboten hielt.

Interpenetration. Das Ausmaß, in dem sich ein internationaler Akteur nach außen hin öffnet oder verschließt, ist eine weitere Determinante im internationalen System. Dieser Aspekt betrifft vielfältige Sachbereiche wie etwa Reisemöglichkeiten, Wohnortwechsel, Informationsverbreitung, Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Die symmetrischen oder asymmetrischen Verhältnisse, die hier entstehen, bilden einen wesentlichen Bestandteil des Systems, weil sie die wechselseitigen inter- wie transnationalen Einwirkungsmöglichkeiten wesentlich bestimmen. Auch die innere Situation der Akteure wird davon stark geprägt. So war die unzufriedene und defätistische Einstellung wachsender Kreise in den Ländern des sowjetischen Imperiums gegenüber dem jeweiligen Regime nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß die traditionelle Abschirmung gegenüber dem Westen vielfach durchbrochen wurde und damit Möglichkeiten des Vergleichs entstanden.

Aber selbst dann, wenn es um ein repressives, nicht im Einvernehmen mit der Außenwelt befindliches Regime geht, stellt Öffnung nach außen nicht nur ein Moment der Schwächung dar. Das sowjetische Imperium ist zugleich ein Musterfall dafür, daß Abschließung gegenüber der Außenwelt auch mit empfindlichen Nachteilen verbunden ist: Wegen unzureichender Kommunikation und verhinderten Austauschs mit den westlichen Ländern geriet die UdSSR mit ihren Satelliten in einen immer größeren technologischen und wirtschaftlichen Rückstand, der ihre Weltmachtrolle untergrub. Die davon ausgehende Gefahr für die eigene Macht veranlaßte Gorbatschow dazu, sein Land gegenüber dem Westen zu öffnen. Gemäß der Voraussage von Alexis de Tocqueville, daß die Regierung eines in kritischen Zustand geratenen Staates niemals so sehr gefährdet ist, wie wenn sie notwendige Reformen einleitet, ging diese Politik des "neuen Denkens" schief und leitete den endgültigen Zusammenbruch ein.

⁶ S. insbesondere Philip Zelikov/Condoleezza Rice, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge/MA - London 1995; Manfred Görtemaker, *Der Weg zur Einheit. Deutschland seit Mitte der achtziger Jahre*, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1996.

Ressourcen und Potentiale. Der Nachdruck, mit dem ein Akteur in der internationalen Arena seinen Willen geltend machen kann, hängt unter anderem von den verfügbaren Ressourcen ab. Bevölkerungszahl, Qualifikationsstand, Altersstruktur, Pro-Kopf-Einkommen, Bruttosozialprodukt, Wirtschaftsniveau, Arbeitsproduktivität und etwaige Probleme bzw. Risiken materieller Abhängigkeit sind für die Fähigkeit und Neigung zu handeln ebenso von Bedeutung wie Stabilität im Innern und Militärmacht. Galt in der Zeit der Ost-West-Konfrontation das allgemeine Interesse weithin den Komponenten der äußeren, daneben auch inneren Sicherheit, so hat sich die Aufmerksamkeit seither auf die wirtschaftlichen Faktoren verlagert. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Kalte Krieg primär durch ökonomische Faktoren entschieden worden ist. Die sozialistische Ordnung erwies sich als unfähig, Erfordernissen der Effizienz und Modernisierung zu entsprechen. Auf diese Weise entstand ein wachsender Rückstand gegenüber den entwickelten Industriestaaten, der mit einer Auszehrung der materiellen Machtgrundlagen einherging. Die Lage wurde zunehmend unhaltbar, und als dann schließlich eine Umkehr versucht wurde, war es zu spät: Die Schwierigkeiten wurden nur noch größer. Das wurde zum Anstoß für politische Entwicklungen, die zum Zusammenbruch zuerst des "äußeren", dann auch des "inneren" sowjetischen Imperiums führten.⁷

Das Beispiel der UdSSR in der Periode des Kalten Krieges hat der Öffentlichkeit eindrücklich vor Augen gestellt, daß das Geltendmachen staatlicher Macht in den internationalen Beziehungen auf die Dauer neben einer angemessenen wirtschaftlichen Basis auch deren ausgewogene Entwicklung erfordert. Der sowjetische Versuch, sich auf bestimmte, nämlich militärisch relevante ökonomisch-technische Potentiale zu konzentrieren, ist rundum gescheitert. Auch die generalstabsmäßig durchgeführten Bemühungen des KGB um die Acquirierung von wirtschaftlich, vor allem rüstungsmäßig verwertbarem Know-how konnten nicht verhindern, daß am Ende auch den militärischen Prioritäten nicht mehr in einem ausreichend erscheinenden Ausmaß entsprochen werden konnte. Diese Erfahrung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruchs im Osten Europas hat, zumal angesichts des Verschwindens früherer Bedrohungsvorstellungen nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation und angesichts der Arbeitsmarktkrise in den westeuropäischen Ländern, überall das zentrale Augenmerk auf die Überwindung der nicht-militärischen Schwachmomente gelenkt.

Autonomie und Autorität. Nach klassischer Vorstellung verfügt der Staat als internationaler Akteur von vornherein über die volle Gewalt nach außen wie innen. Es ist demnach selbst-

⁷ Für die Art und Weise, wie sich die akkumulierten wirtschaftlichen Defizite beispielsweise auf die Geschicke der DDR - auf ihren inneren Niedergang wie auf die sowjetischen Entscheidungen zu ihrer Preisgabe - auswirkten, vgl. u.a. Eberhard Kuhr (Hrsg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996; Gerhard Wettig, Niedergang, Krise und Zusammenbruch der DDR, in: Eberhard Kuhr (Hrsg.), Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen 1996, S. 379-455. Zum Verlauf des gesamtimperialen Zusammenbruchs s. Ernst Kux, Der Umbruch in Mittel- und Osteuropa und das Ende der Sowjetunion, in: Außenpolitik, 2/1993, S. 135-143; Gerhard Simon/Nadja Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993; Gerhard Simon, Warum zerbrach das sowjetische Weltimperium?, in: Dietrich Schlegel (Hrsg.), Der neue Nationalismus, Schwalbach 1994, S. 99-109.

verständlich, daß dessen Führung unter allen Umständen die Macht besitzt, ihre Außenpolitik im eigenen Land uneingeschränkt durchzusetzen. Was immer sie anstrebt und vereinbart, ist demnach Richtschnur für alle an der Ausübung von Gewalt im Lande Beteiligten, die eo ipso ausführende Organe der obersten Führung sind. In der Zeit der klassischen Kabinettsdiplomatie stand aufgrund dieser Prämisse unumstößlich fest, daß außenpolitische Abmachungen die beteiligten Staaten automatisch verpflichteten. Das setzte voraus, daß die außenpolitische Leitung autonom handelte, d.h. nicht von der Zustimmung eines Gremiums abhing. Vor dem Hintergrund dieser Tradition hatte Bismarck Vorbehalte dagegen, mit Großbritannien ein Bündnis einzugehen, weil die Gültigkeit des von britischen Unterhändlern gegebenen Wortes von der folgenden - nicht von vornherein sicheren - Ratifizierung durch das Parlament in Westminster abhing.

Bei den modernen Demokratien hat man sich inzwischen an den parlamentarischen Vorbehalt gewöhnt, dessen Hürden überdies in der Praxis weithin durch die Tatsache ausgeräumt erscheinen, daß die Regierung über eine parlamentarische Mehrheit verfügt. Man legt aber Wert darauf, daß die getroffenen Vereinbarungen danach für alle an der Ausführung beteiligten Organe verbindlich sind. In diesem Sinne wird auswärtigen Partnern Zuverlässigkeit, d.h. Autorität bzw. Durchsetzungsfähigkeit im eigenen Lande, abverlangt. Damit sind freilich manche Staaten überfordert, welche die Gesellschaft ihres Landes und/oder eine korrupte Bürokratie nicht ausreichend zu kontrollieren vermögen. Derartige Übel gehen nicht selten mit einem autoritären bzw. diktatorischen Regime einher. Unter Umständen sind solche Herrschaftsstrukturen sogar besonders anfällig, wenn es nämlich keinen minimalen Konsens im Lande gibt und exekutive Organe bestrebt sind, willkürliche Ansinnen von oben abzuwehren und persönliche Lebensverhältnisse zu verbessern. Diese Erscheinungen sind besonders oft in der Dritten Welt verbreitet.

Kohäsion. Herkömmlicherweise erscheint es selbstverständlich, daß die Staaten als Akteure des internationalen Systems einen hinreichenden inneren Zusammenhalt besitzen, um nach außen hin einheitlich auftreten und handeln zu können. Der geschichtliche Rückblick läßt jedoch erkennen, daß dies selbst in Europa keineswegs immer der Fall war. In der vorklassischen Periode bis weit in das 17. Jahrhundert hinein waren innerstaatliche Frondeure nicht selten, die sich der Führungsmacht im Lande aus ständischen, konfessionellen und sonstigen Motiven widersetzten, die staatliche Einheit in Frage stellten und sogar mit auswärtigen Staaten paktierten. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden nationale Emanzipationsbewegungen zunehmend zur Herausforderung für die Integrität von Staaten, in denen verschiedene Völker zusammenlebten: Die jeweils in der Minderzahl befindlichen Ethnien begannen sich als unterdrückte Minderheiten zu fühlen, denen eine nationalstaatliche Selbstbestimmung verwehrt werde. Von einem anderen Gesichtspunkt aus stellten Lenin und seine Mitstreiter den traditionellen staatlichen Zusammenhalt in Frage: Nach ihrer Machtergreifung in Rußland 1917 proklamierten sie die internationale Solidarität des Proletariats, mittels deren sie das Staatensystem aufzubrechen und im Sinne ihrer Bestrebungen zu transformieren suchten.

Auch wenn weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg national-rebellische bzw. proletarisch-klassenkämpferische Faktoren das Massenverhalten bestimmten, so war der Aufruf zur Aufkündigung staatlicher Loyalitäten doch nicht bedeutungslos, wie zahlreiche Fälle individuellen Seitenwechsels und die Tatsache zeigen, daß die nach beiden Kriegen gebildeten Neustaaten bei ihrem Aufbau ein Personalreservoir vorfanden, dessen Bereitschaft weithin von mehr als bloßem Opportunismus bestimmt war. Auch die Art, wie bestimmte nationale und/oder soziale Gruppen bestimmter Länder, etwa des Vielvölkerstaates Jugoslawien in den Jahren 1941-1944, auf die Besetzung durch gegnerische Mächte reagierten, läßt das kohäsionsbedrohende Ausmaß bestehender innerstaatlicher Spannungen deutlich werden. Die Herde potentieller Unruhe und Auflösung befanden sich fast durchweg im östlichen Teil Europas, der in mehreren Schüben - 1917-1921, 1939/40 und 1944/45 - sowjetischer Herrschaft und damit einem repressiven kommunistischen Regime anheimfiel, das den in seine Gewalt geratenen Ländern Kohäsion mit den Mitteln härtesten Zwangs auferlegte. Als Jugoslawien 1948 aus dem Imperium ausscherte, ergab sich dort aus der Kombination von einheimischer Unterdrückung und Willen zur Abwehr der Gefahr aus dem Osten eine kaum geringere Nötigung zum staatlichen Zusammenhalt. Erst nach dem Ende des sowjetischen Imperiums und nach dem Wegfall der damit verbundenen Disziplinierungsmechanismen konnte sich im Osten Europas erweisen, inwieweit die kommunistischen Regime ihrem Anspruch gerecht geworden waren, eine internationalistische Solidarität begründet und auf dieser Basis die nationale Frage gelöst zu haben.

Im folgenden soll der hier entwickelte systemische Ansatz als Instrument zur Analyse zentraler Probleme im heutigen Europa dienen. Die oben definierten zwölf Elemente (Merkmale) sollen dabei die Veränderungen des europäischen Systems und die daraus erwachsenden Schwierigkeiten wie Aufgaben auf den Begriff bringen.

Kriegsverhütung in Europa

In der Periode des Kalten Krieges waren zwei Kriterien für die Frage der kriegerischen Optionen bestimmend: die Bipolarität des europäischen Systems und die wechselseitige Abschreckung. Es standen sich zwei im Innern disziplinierte Blöcke gegenüber, von denen jeder gegenüber dem anderen über die Möglichkeit der Zufügung unannehmbaren Schadens verfügte. Auf dieser Grundlage sahen sich beide Seiten einem Risiko ausgesetzt, das sie vor der Eventualität des Krieges gegeneinander zurückschrecken ließ. Die Integrität der Blöcke wurde auf beiden Seiten zum obersten Gebot. Da zugleich jeder Eingriff in die Sphäre des Widersachers mit einem schwer kalulierbaren Risiko verbunden war, ergab sich als Verhaltensmuster, daß die Antagonisten ihr Vorgehen innerhalb der Blöcke wechselseitig tolerierten. Das Problem wurde in voller Schärfe aktuell, als die UdSSR ihren Willen im "äußeren Imperium" wiederholt mit Waffengewalt durchsetzte.

Der Mechanismus der Kriegsverhütung zwischen zwei feindlichen Seiten funktioniert nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Nachdem das sowjetische Imperium auseinandergebrochen ist, gibt es keine einander gegenüberstehenden Blöcke mehr. Damit hat die bipolare Abschreckung ihre Basis verloren. Die Folge ist nicht allein der Wegfall der

Bedrohung, auf der das militärische Gleichgewicht zwischen West und Ost früher beruht hatte. Auch das frühere Gleichgewicht selbst besteht nicht mehr. Die NATO besteht zwar weiter, nicht aber ihr einstiger Widersacher. Dieser "Sieg im Kalten Krieg" hat, da das westliche Bündnis weder den Willen und zu offensivem Vorgehen gegen die östliche Seite besaß noch entsprechende Fähigkeiten entwickelt hatte, nicht zum Gebrauch der dadurch geschaffenen militärischen Überlegenheit geführt.

Kriegsgefahr und Kriegführung haben in Europa von anderswo ihren Ausgang genommen. Vor allem die traditionellen ethnisch-nationalen Spannungen auf dem Boden sowohl der früheren UdSSR und des infolge der nicht mehr bestehenden auswärtigen Bedrohung auseinanderbrechenden jugoslawischen Vielvölkerstaates führten zu schweren bewaffneten Konflikten und verschiedentlich auch zu militärischer Einmischung von außen. Der Grund dafür liegt darin, daß die kommunistischen Regime während ihrer Herrschaft die "Lösung der nationalen Frage" zwar lautstark verkündet, aber niemals praktisch begonnen haben. Die ethnisch-nationalen Spannungen wurden lediglich unterdrückt und kamen daher wieder an die Oberfläche, sobald Druck und Zwang von oben nachließen. Im ehemaligen Jugoslawien ist es zu den weitestreichenden Feindseligkeiten gekommen. In Bosnien ist die Kohäsion nicht allein des einstigen Gesamtstaates, sondern auch auf der darunterliegenden Ebene der Teilrepublik zerstört worden.⁸

Die Wiederkehr des Krieges, die nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation im Osten Europas festzustellen ist, findet dementsprechend nicht im hergebrachten zwischenstaatlichen Bereich, sondern innerhalb von Staaten statt. Die ausbrechenden Gegensätze, die den staatlichen Zusammenhalt belasten, gefährden und/oder sprengen, sind dabei überwiegend ethnischer Art.⁹ Weithin nachwirkende zentralistische Traditionen, Gewohnheiten und Strukturen des früheren Sozialismus verschärfen in vielen Fällen die Probleme. Vor allem ein Großstaat wie Rußland kommt unter den Bedingungen des Umbruchs und im Blick auf eine hoffentlich despotiefreie Zukunft nicht ohne eine Gliederung in relativ eigenständige Binnenregionen aus. Es fehlen aber bislang weithin die konzeptionellen und sonstigen Voraussetzungen für die Schaffung einer zweckentsprechenden föderalen Struktur.¹⁰

Der Krieg, der in erheblichem Ausmaß als innerstaatliches Phänomen in den Osten Europas zurückgekehrt ist, wirkt sich unmittelbar nur auf einzelne Gebiete aus. Weil sich die größeren Mächte in Beziehungen zueinander befinden, die - anders als bei der Mordtat in Sarajewo

⁸ Vgl. u.a. Othmar Nikola Haberl, Religion, Nationalismus und Bürgerkrieg in Bosnien, in: D. Schlegel, a.a.O., S. 49-60; Marie-Janine Calic, Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Ursachen - Konfliktstrukturen - Internationale Lösungsversuche, Frankfurt/Main 1995; Gerd Koslowski, Die NATO und der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Deutschland, Frankreich und die USA im internationalen Krisenmanagement, Vierow 1995; Marie-Janine Calic, Bosnien-Herzegowina nach Dayton, in: Außenpolitik, 2/1996, S. 127-135; Richard H. Ullman (Hrsg.), The World and Yugoslavia's Wars, New York 1996.

⁹ Vgl. u.a. Uwe Halbach, Nationalismus und Territorien. Territoriale Konflikte nach dem Zerfall der Sowjetunion, in: D. Schlegel, a.a.O., S. 110-117; Hans-Heinrich Nolte/Beate Eschment/Jens Vogt, Nationenbildung östlich des Bug, hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1994; Georg Brunner, Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa, Gütersloh 1996.

¹⁰ Vgl. Irina Busygina-Thränert, Rußland: Schwierigkeiten beim Aufbau einer Föderation, in: Außenpolitik, 3/1995, S. 253-262.

1914 - nicht konflikthaft strukturiert sind, sind sie für eine Ausweitung der Kampfhandlungen nicht anfällig. Angesichts der seither gewachsenen Interdependenz in Europa sind umgekehrt viele der bewaffneten Auseinandersetzungen geeignet, in Drittländern den Wunsch und das Streben hervorzurufen, Einhalt zu gebieten, weil ihren Interessen mittelbar durch die Kämpfe Abbruch getan wird, etwa indem sie Immigrationsströme nach sich ziehen, die in den Aufnahmegebieten zur Belastung werden.

Nicht-Verbreitung gefährlicher Waffen

Unter dem Gesichtspunkt internationaler Sicherheit sind drei Gesichtspunkte bezüglich der früheren UdSSR hervorzuheben: die Ansammlung gefährlicher Waffenarten, insbesondere der ABC-Kategorien; die Tatsache, daß die Kohäsion nicht allein in der einstigen Union zerbrochen ist, sondern auch in vielen Nachfolgestaaten auf unsicheren Fundamenten ruht; schließlich die Schwächen, welche die Führungen weithin bei der Autoritätsausübung nach innen haben. Wenn man in diesem Zusammenhang von "weichen" (soft) oder sogar "scheiternden" (failing) Staaten spricht, dann wird damit eine Parallele zu staatlichen Zuständen in manchen Entwicklungsländern gezogen. Das ist kein Zufall. Es handelt sich in der Regel um neu entstandene und daher noch mit staatlicher Strukturbildung und nationaler Identitätsfindung beschäftigte Staaten, deren Führungen wenig innere Autorität geltend machen können, weil zumindest manche Behörden des Landes nach eigenem Gutdünken und Vorteil handeln. Von oben ergangene Weisungen zeitigen unter solchen Umständen nur begrenzte Wirkung, zumal wenn korrupte Bedienstete und Ämter mit dem organisierten Verbrechen verflochten sind.¹¹

Die im Osten Europas vielfach verbreiteten Zustände sind nicht nur das Ergebnis einer umbruchsbedingten Anomie und unzureichender staatlicher Alimentierung. Es handelt sich weithin auch um eine direkte Erbschaft des sozialistischen Systems: Teile der Nomenklatura waren es gewohnt, über dem Gesetz zu stehen, sich der Kontrolle vorgesetzter Stellen durch die Bildung von Komplizenstrukturen zu entziehen und sich staatliches Eigentum privat anzueignen. Auf diese Weise entstanden faktisch entstaatlichte Feudalstrukturen, die bei der Abwendung des Landes vom Sozialismus zur offenen Privatisierung staatlichen Besitzes und staatlicher Funktionen übergehen konnten. Dabei kam ihnen zugute, daß auf dem Boden der früheren UdSSR nicht nur allgemeine rechtsstaatliche Vorstellungen, sondern auch einschlägige rechtspositive Normen und Organe kaum existierten.

Diese Entwicklung hat in vielen Nachfolgestaaten zu einer Situation geführt, in der die staatliche Führung die Implementierung außenpolitischer Beschlüsse nur bedingt in der Hand hat. Der Grund dafür liegt nicht zuletzt auch in fehlenden finanziellen Ressourcen. Wenn die Staatsgewalt außerstande ist, ihre Bediensteten ausreichend und rechtzeitig zu bezahlen, kann

¹¹ Vgl. u.a. Ulrich Schmidt, *Gnadenlose Bruderschaften. Aufstieg der russischen Mafia*, Paderborn 1994; James Sherr, *Russia, Geopolitics and Crime*, Conflict Studies Research Centre, Royal Military Academy of Sandhurst, F49, February 1995; Richard Lotspeich, *Crime in Transition Economies*, in: *Europe-Asia Studies*, 4/1995, S. 555-590.

sie schwerlich verlangen, daß diese darauf verzichten, aus ihrer Tätigkeit eigenen Vorteil zu ziehen. Zugleich entfällt unter derartigen Umständen weithin die Androhung der Entlassung als Disziplinierungsinstrument: Ein Arbeitgeber, der dem Arbeitnehmer nicht einmal eine minimale Versorgung in Aussicht stellen kann, muß froh sein, wenn er seine Stellen überhaupt besetzen kann. Die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen die staatlichen Führungen zu kämpfen haben, sind auf die frühere sowjetische Ordnung zurückzuführen, deren hervorstechende Kennzeichen wirtschaftliche Ineffizienz, Unfähigkeit zu Innovation und Vernachlässigung der zivilen Bedürfnisse waren.

Unter diesen Umständen, zu denen noch fortschritthemmendes Beharrungsvermögen weiter Teile der Nomenklatura und das Fehlen marktwirtschaftlicher Regelungsmechanismen hinzukommen, stehen dem Übergang zu produktivem ökonomischem Handeln enorme Hindernisse entgegen. Selbst das von der Natur reich mit Rohstoffen und Energieträgern ausgestattete Rußland leidet unter akuter Finanznot. Von daher besteht auch in diesem Lande, das von allen Nachfolgestaaten der früheren UdSSR am besten dasteht, Grund zur Sorge, daß die Zentralgewalt in Moskau nur in eingeschränktem Umfange imstande ist, sowohl eine ausreichende Bewachung und Wartung nuklearer, chemischer und ähnlicher Risikobetriebe zu gewährleisten als auch eine unkontrollierte Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen auf illegalen Wegen zu verhindern.

Rolle der Flügelmächte USA und Rußland in Europa

Die Vereinigten Staaten und Rußland üben allein schon aufgrund der Tatsache, daß sie mit der Zahl ihrer Bevölkerung, dem Umfang ihres Territoriums und dem Reichtum ihrer Naturressourcen europäische Dimensionen weit überschreiten, einen enormen Einfluß aus. Auch wenn sie beide zu Teilen des europäischen Systems geworden sind, werden sie durch ihre geopolitische Lage zugleich in andere Systeme einbezogen. Dieser Gemeinsamkeit ungeachtet, haben sich die Beziehungen zu den europäischen Ländern für beide Mächte unterschiedlich entwickelt.

Rußland hat, seit es sich zu Beginn des 18. Jahrhunderts Europa zuwandte, den dortigen Schauplatz als ein Hauptfeld seiner territorialen Ausdehnung angesehen und behandelt. Zugleich hat es, in einer andere Variante der christlichen Tradition verwurzelt, bei der inneren Annäherung an die europäische Kultur stets Schwierigkeiten gehabt. Im 19. Jahrhundert war der Widerstreit zwischen "Westlern" und "Slawophilen" (welche die Zivilisation ihres Landes als antieuropäisch definierten) für das russische Geistesleben charakteristisch. Als die politisch-wirtschaftliche Entwicklung Rußlands vor dem Ersten Weltkrieg eine europäische Wende zu nehmen begonnen hatte, zwangen wenig später Lenin und Stalin das Land zurück auf einen Gegenkurs unter dem Vorzeichen einer sozialistischen Despotie. Die Bedrohung, die von dem sowjetischem Imperium ausging, nötigte nach dem Zweiten Weltkrieg die von der Expansion des Moskauer Reiches verschonten Westeuropäer, sich zur Abwehr zusammenzuschließen.

Dabei suchten sie Rückhalt an den USA als der einzigen Macht, die ein Gegengewicht zur UdSSR herstellen konnte. Zu diesem Zeitpunkt war das amerikanische Engagement auf dem europäischen Schauplatz noch neuen Datums. Die USA hatte zwar schon den Ersten Weltkrieg durch ihr militärisches Eingreifen entschieden, nachdem keine der gegeneinander kämpfenden Koalitionen zur Erringung des Sieges fähig gewesen war. Aber die USA hatten sich danach wieder zurückgezogen und waren erst durch ihre Beteiligung am Krieg gegen das Hitlerreich ab 1941 wieder zu einem europäischen Akteur geworden. Beide Male war die amerikanische Macht von europäischer Seite als Schutz und Rettung herbeigewünscht worden. Als sich die Westeuropäer in den Jahren 1947-1949 um ein Engagement der USA bemühten, war dies der dritte Hilferuf, dem wiederum vorausgegangen war, daß dessen Urheber sich außerstande sahen, ihre Sicherheit allein durch eigene Anstrengungen zu gewährleisten. Marshall-Plan, NATO und die amerikanische Unterstützung für aufeinanderfolgende Initiativen der europäischen Einigung führten zu einer dauerhaften Teilnahme der USA am europäischen System und zu ihrer Übernahme der Führungsrolle in dessen westlicher Hälfte.

In der Phase des Umbruchs, der mit dem Auseinanderbrechen zuerst des "äußeren", dann auch des "inneren" sowjetischen Imperiums 1989-91 seinen Höhepunkt erreichte, wirkten die Vereinigten Staaten intensiv auf die sowjetische Führung ein und trugen so wesentlich zu einem vergleichsweise ruhigen Verlauf der Geschehnisse bei. In Übereinstimmung mit dem Tatbestand, daß der Prozeß von Niedergang, Krise und Zusammenbruch allein auf östlicher Seite stattfand, überdauerten die westlichen Zusammenschlüsse NATO und EU den durch das Ende des sowjetischen Imperiums zum Abschluß gebrachten Kalten Krieg. Nicht allein deren Mitgliedsstaaten, sondern auch die von sowjetischer Herrschaft sich emanzipierenden Länder Ostmitteleuropas sahen darin entscheidende Elemente stabilitätssichernder Kontinuität.

Seit 1947 haben die USA in Europa eine doppelte Funktion wahrgenommen: Sie haben ihre europäischen Partner durch ihre Macht vor äußerer Bedrohung geschützt und sie zugleich durch ihre Führung zu gemeinsamem Handeln vereinigt. Letzteres wurde durch die multipolare Struktur des innerwesteuropäischen Systems erforderlich. Frankreich, Großbritannien und die seit den fünfziger Jahren ebenfalls zu einer regionalen Macht aufsteigende Bundesrepublik Deutschland hatten zu unterschiedliche Vorstellungen und Interessen, um auf der Basis eines ungefähr gleichen Gewichts ohne weiteres zu gemeinsamem Vorgehen finden zu können. Es bedurfte wiederholt des Katalysators, den die amerikanische Führung bot, um das notwendige Einvernehmen herzustellen. Das änderte sich auch nach dem Ende des Kalten Krieges nicht, wie die Erfolglosigkeit des westlichen Bemühens in Bosnien demonstriert, solange die USA sich daran nicht beteiligten.

Völlig anders ist die Rolle, die Rußland heute in Europa spielt. Es lassen sich drei Determinanten erkennen: das psychologische Erbe des Kalten Krieges, der Mangel an einsetzbaren Ressourcen und das Bestreben, aus der eigenen Schwäche politisches und wirtschaftliches Kapital zu schlagen. Zum einen ist daher Moskau nicht bereit, die veränderte Funktion der NATO in Europa anzuerkennen. Statt dessen wird weiterhin das alte Feindbild auf das nordatlantische Bündnis projiziert und das Verlangen nach deren Eliminierung geäußert. Dabei bleibt der Gedanke außer Betracht, daß die atlantische Allianz für eine stabile

Lage westlich der russischen Grenzen sorgen kann, die dem Lande eine Konzentration auf die Lösung dringender innerer Aufgaben ermöglicht. Zum zweiten stoßen die nach außen gerichteten Ambitionen Moskaus überall auf das Hindernis fehlender materieller Ressourcen zu ihrer Durchsetzung. Das gilt insbesondere bezüglich des Wunsches neoimperialer Kreise, zu einer Reintegration in den Grenzen der früheren UdSSR zu gelangen.

Der Mangel an Mitteln ist so groß, daß es sich die russische Seite wegen der dann entstehenden Kosten nicht einmal leisten kann, das Wiedervereinigungsangebot des belarussischen Präsidenten Lukaschenka zu akzeptieren. Der russischen Führung bleibt jedoch die Option, ihr Gewicht als potentieller Störfaktor einzusetzen, um westliche Staaten zum Eingehen auf Wünsche zu veranlassen. Überspitzt formuliert, könnte man die Schwäche Rußlands als dessen wichtigste Stärke bezeichnen. Das Verlangen nach westlicher Zustimmung und Unterstützung wird nicht selten mit dem Argument begründet, daß andernfalls in Rußland Entwicklungen in Gang kommen könnten, die der Außenwelt Probleme bereiten. Dem steht auf seiten verantwortlicher Kräfte in Moskau die Einsicht gegenüber, daß dies keine geeignete Grundlage für eine internationale Rolle ist, die der geopolitischen Position und dem geschichtlichen Rang des Landes entspricht. Auch sieht man die Gefahr, daß sich in der Außenwelt, vor allem in Ostmitteleuropa, erneut die Vorstellung einer russischen Bedrohung verbreiten könnte. Das aber wäre eine schwere Belastung für die gemeinsame Zukunft in Europa.

Europa zwischen Nationalismus und Integration

Vor dem Hintergrund der atlantischen und europäischen Integration, von der man eine dauerhafte Befreiung von den Nachteilen und Gefahren der Mittellage erwartet, erscheinen der deutschen Öffentlichkeit die in Ost- und Südosteuropa aufgebrochenen Gegensätze weithin als Rückfall in ein nationales Bewußtsein, das man längst überwunden glaubte. Unter dieser Prämisse wird nicht allein die bewaffnete, oft mit unglaublichen Brutalitäten verbundene Art der Austragung der Konflikte verdammt. Auch wenn sich nationales Fühlen in zivilisierten Formen äußert, wird es meist als rückständig und überwindungsbedürftig angesehen.

In den ostmitteleuropäischen Ländern, die sich ebenfalls für das Prinzip der Integration in den Westen entschieden haben, scheint dagegen ein bisher noch wenig reflektiertes Nebeneinander von Integrationswillen und Nationalbewußtsein vorzuherrschen. Die Erkenntnis, daß beides zu gegensätzlichen praktische Konsequenzen führen kann, wird durch die Vorstellung verdeckt, man könne und müsse den Anschluß an den Westen um des Erhalts der nationalen Unabhängigkeit willen vollziehen. Das mag im Falle der - relativ wenig in die nationalen Souveränitäten eingreifenden - NATO-Integration berechtigt erscheinen. Die EU jedoch erspart, wenn sie den "acquis communautaire" nicht zurücknimmt, sondern weiterentwickelt, ihren Mitgliedern eine Einschränkung ihrer Nationalstaatlichkeit nicht.

In grundsätzlicher Hinsicht jedoch verkennt die in Deutschland vorherrschende Denkweise die Situation in Europa. Nationsgedanke und Nationalstaat stellen keine "reaktionäre", hinter den Stand der Entwicklung zurückfallende Tendenz dar. Wer das meint, ignoriert die

europäische Geschichte während der letzten zwei Jahrhunderte. Seit die Französische Revolution von 1789 die Idee proklamierte, daß sich die Völker als Nationen in jeweils eigenen Staaten konstituieren müßten, ist der nationale Gedanke ein Motor der Geschehnisse in Europa. Er verbreitete sich nach Osten und erfaßte zuerst Deutschland und später Ostmitteleuropa. Je weiter er sich von seinem westlichen Ausgangspunkt entfernte und in multiethnische Gebiete eindrang, desto größer wurde seine politische Sprengkraft.

Die vielen, oft gemischt siedelnden Völker der östlichen Länder begannen mit den bestehenden staatlichen Verhältnissen unzufrieden zu werden, sich in einem fremd beherrschten "Völkergefängnis" zu fühlen und nach nationaler Emanzipation zu streben. Auf diese Weise wurden vor allem die Reiche der Romanows, Habsburger und Osmanen innerlich ausgehöhlt. Die Niederlage der Achsenmächte im Ersten Weltkrieg brachte den nationalstaatlichen Bestrebungen den Sieg über die multiethnischen Imperien, freilich mit dem entscheidenden Nachteil, daß kaum einer der entstehenden Staaten die seinem Selbstverständnis entsprechende nationale Homogenität aufwies. Die meisten neuen Länder bildeten faktisch multiethnische Mikrokosmen. Zugleich forderte der nationale Anspruch des jeweils herrschenden Staatsvolks sein Recht. Das zog eine mehr oder minder weitreichende nationale Vergewaltigung der vorhandenen Minderheiten nach sich, die weithin durch die vom französischen Modell übernommenen zentralistischen Staatsstrukturen noch verschärft wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor das Vielvölkerproblem vor allem für Polen und die Tschechoslowakei durch die Aussiedlung der Deutschen erheblich an Schärfe. Dagegen entstand in Estland und Lettland durch die Verschleppung erheblicher Teile der einheimischen Bevölkerung und durch systematisch geförderte Immigration von Russen ein vorher nicht bestehendes Minoritätenproblem. Als Kerngebiete der interethnischen Konflikte erwiesen sich weite Teile des auseinanderbrechenden Jugoslawien und die kaukasischen wie mittelasiatischen Gebiete der früheren UdSSR.

Der ethnisch-nationale Streit gewinnt ein besonderes Ausmaß an Erbitterung vor dem Hintergrund einer imperialen bzw. quasiimperialen (wie im Falle des 1919 als Reich der Serben begründeten Jugoslawien) Erbschaft. Es kommt dann ein Überlegenheitsanspruch des früher reichstragenden Volkes ins Spiel. Eine der streitenden Seiten erklärt sich zum Verfechter eines höheren Prinzips (des Imperiums) und erhebt auf dieser Grundlage einen Absolutheitsanspruch, dem der Widersacher zu weichen habe. Das serbische Vorgehen gegen die anderen Völker auf dem gemeinsam bewohnten früheren Staatsgebiet läßt diese Mentalität augenfällig werden.

Auch in der russischen Führungsschicht gibt es eine Tendenz, sich als Verfechter eines zu unrecht zerstörten Reiches zu fühlen. Dahinter steht nicht nur die Erinnerung daran, zum Hauptvolk des sowjetischen Imperiums gehört zu haben. Ebenso wichtig ist, daß sich keine Vorstellung von einer russischen Nation entwickelt hat, die als konzeptionelle Alternative zur Idee des zaristischen und/oder sowjetischen Imperiums dienen könnte. Die Russen würden ein Stück europäische Normalität gewinnen, wenn sie von der imperialen Vergangenheit Abschied nähmen und sich so wie die anderen Völker Europas als Nation verstehen würden.

Auf der so geschaffenen Grundlage könnten sie sich als Bürger eines Nationalstaates fühlen, der sich innerhalb klarer Außengrenzen definiert, statt zumindest latent weiterreichende Ambitionen hegen. Jede Beschwörung imperialer Vorstellungen läuft auf einen Vorbehalt gegenüber dem territorialen Status quo hinaus und ist damit ein potentiell unruhestiftendes Moment, auch wenn mangelnde Ressourcen und Potentiale es Moskau auf absehbare Zeit nicht erlauben, das Staatsgebiet auszudehnen. Nur wenn die russische Führung alle neoimperialen Tendenzen entschieden bekämpft, bietet sie die notwendigen Voraussetzungen für die von ihr zu recht geforderte Einbindung in die Strukturen der europäischen Sicherheit.

Aus der Perspektive Deutschlands als eines Staates in latent gefährdeter geostrategischer Mitteleuropa ist es nur allzu verständlich, daß dort die vergrößerte Rolle des nationalen Gedankens nach dem Ende des Kalten Krieges auf Unbehagen, ja Ablehnung stößt und als Gefahr für erreichte Fortschritte auf dem Weg zur europäischen Integration erscheint. Daß es hier in der Tat Risiken gibt, machen die Schrecken der ethnischen Verdrängungs- und Vernichtungsaktionen vor allem im Südosten des Kontinents deutlich. Bestrebungen der Renationalisierung innerhalb europäischer Zusammenschlüsse, namentlich in der EU, lassen die Sorge aufkommen, daß dem Zustand des Friedens und der Zusammenarbeit langfristig Gefahr droht. Gleichwohl wäre es kontraproduktiv, auf solche Herausforderungen mit der Bekämpfung des Nationalen schlechthin zu reagieren. Eine Tendenz, die seit zwei Jahrhunderten die europäische Geschichte maßgeblich bestimmt, läßt sich dadurch nicht aus der Welt schaffen. Es kommt statt dessen darauf an, die nationale Tendenz in ein "aufgeklärtes" Stadium zu überführen, das eine wechselseitige Respektierung der Nationen, ihre fortschreitende Zusammenarbeit und ihre Integration zum Zweck gemeinsamer Problembewältigung erlaubt.

Die gemiedene Mitte

Das Verhältnis Deutschlands zu Europa ist geschichtlich durch zwei geopolitische Umstände bestimmt: die geographische Lage zwischen zahlreichen Nachbarn und eine relative Stärke nach europäischen Maßstäben. Die Kombination beider Faktoren machte seit Jahrhunderten die inneren Angelegenheiten des Landes für die anderen Akteure wichtig, denn, was immer in Deutschland geschah, war wegen dessen zentraler Position und großem Gewicht unausweichlich für die Länder und Völker ringsum von entscheidender Bedeutung. Das daraus erwachsende Interesse an den Deutschen war für diese allerdings ein zweifelhafter Segen, übersetzte es sich doch weithin in ein Verlangen nach Einmischung. Auf diese Weise wurde Deutschland vom Dreißigjährigen Krieg bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zum häufigen Objekt fremder Einwirkung. Die Kriege anderer Staaten, die auf deutschem Boden ausgefochten wurden, legen davon beredtes Zeugnis ab.

Als Deutschland dann erstarkte und seine Einheit gewann, wollte seine Bewohner nicht länger "Amboß" sein und strebten nach der Rolle des "Hammers". Statt wie früher dem Willen der anderen europäischen Mächte zu folgen, suchten sie nunmehr diesen umgekehrt ihren Willen aufzunötigen. In äußerster Übersteigerung führte diese Tendenz zu den Eroberungs- und Unterdrückungsfeldzügen Hitlers. Die Katastrophe von 1945 machte dem

Bemühen um ein "deutsches Europa" ein Ende. Die Westmächte waren weitblickend genug, um die Besiegten nicht in dem Dilemma zwischen "Amboß" und "Hammer" zu lassen. Sie eröffneten ihnen einen Ausweg: Die - grundsätzlich auf Wechselseitigkeit abstellende - Westintegration gab den Deutschen die Möglichkeit, andere Völker an ihren Angelegenheiten mitwirken zu lassen, ohne daß sie selbst dadurch einer Diskriminierung ausgesetzt wurden, weil sie ja ihrerseits einen analogen Einfluß auf die Angelegenheiten der Partner erhielten.

Daraus hat sich für die Deutschen eine generelle politische Maxime entwickelt, denn nur so haben sie die Chance, ihre Sicherheitsinteressen mit denen der anderen Europäer vereinbar zu machen und der Gefahr zu entgehen, von allen Seiten zur Zielscheibe des Verlangens nach Einmischung zu werden, ohne dadurch selbst Einfluß auf ihre staatliche Umgebung zu gewinnen. Das EU-Projekt der gemeinsamen europäischen Währung hat in dieser Sicht wesentlich den politischen Zweck, alle vorhandenen Renationalisierungstendenzen zu stoppen und einen neuen Integrationsschub herbeizuführen. Dieses Vorgehen gründet sich auf die Hoffnung, daß - in Umkehrung der normalen Reihenfolge - eine vereinheitlichte Währung politische Integrationsfolgen zeitigen werde. Demnach wird erwartet, daß der künftige Euro den EU-Mitgliedsländern jenes gemeinsame Vorgehen in den Fragen der Steuerung der nationalen Wirtschaften, der Lösung innerstaatlicher Probleme (wie etwa Kriminalitätsbekämpfung und Migrationsregulierung) und der Außen- und Sicherheitspolitik als Notwendigkeit erscheinen lassen wird, zu dem sie derzeit nicht bereit sind.

Nachdem das sowjetische Imperium auseinandergebrochen ist, sind die ostmitteleuropäischen Länder, die sich daraus befreit haben, in die früher von Deutschland besetzte Mittellage gerückt: Westlich von ihnen erstreckt sich der von NATO und EU gebildete Westen; im Osten befindet sich Rußland, das die anderen Nachfolgestaaten der UdSSR um sich zu scharen sucht. In ostmitteleuropäischer Sicht ist die derzeitige Lage zwar ein enormer Fortschritt gegenüber den Zeiten vor dem Ersten Weltkrieg und der Periode von 1944/45-1989/91, als die Länder der Region jeweils unter imperialer Fremdherrschaft standen. Zugleich jedoch ist die Erfahrung der Zeit zwischen beiden Weltkriegen nicht vergessen, an deren Ende die Lage zwischen anderen, größeren Mächten zum Verlust der Unabhängigkeit führte.

Die ostmitteleuropäischen Ländern suchten daher sogleich nach ihrer Neukonstituierung als eigenständige Akteure der Mittellage zu entkommen.¹² Die Chancen dafür stehen günstiger als in der Periode vor dem Zweiten Weltkrieg: Der Westen als angestrebter Rückhaltgeber ist nicht länger von der Region geographisch getrennt, sondern durch die Einbeziehung Deutschlands an diese herangerückt; der seinerzeit durch die Friedensschlüsse von 1919 geschaffene Gegensatz zwischen Siegern und Besiegten in Ostmitteleuropa existiert nicht mehr; die USA sind als Garant westlichen Zusammenhalts in Europa anwesend. Unter diesen Umständen er-

¹² Vgl. u.a. Peter van Ham (Hrsg.), *The Baltic States: Security and Defence After Independence*. With Contributions by Eitvydas Bajarunas/Mare Haab/Ilmars Viksne, Chaillot Papers Bd. 19, Paris 1995; Ian Gambles (Hrsg.), *A Lasting Peace in Europe? With Contributions by Pál Dunay/Przymyslaw Grudzinski/Andris Ozolins/Dan Pavel/Stefan Tafrov*, Chaillot Papers Bd. 20, Paris 1995; Hans-Joachim Gießmann, *Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa. Probleme- Konzepte - Perspektiven*, Baden-Baden 1995; Gary L. Geipel/Robert A. Manning (Hrsg.), *Rethinking the Atlantic Partnership. Security and Economics in a New Era*, Indianapolis 1996.

scheint es als reale Möglichkeit, die Unsicherheitsfaktoren der zwanziger und dreißiger Jahre zu überwinden und auf ebenso zuverlässige wie dauerhafte Weise Anschluß an den Westen zu gewinnen.

Gerhard Wettig

The European System in the Post-Cold War Era

Bericht des BIOst Nr. 1/1997

Summary

Introductory Remarks

The structural changes in the system of international relations in Europe after the reversal of world politics of 1989-91 are the subject of this report. In its first main part, criteria for defining a system of international relations are formulated. These are then used to outline fundamental elements of the European system that has emerged since the beginning of the 1990s.

Findings

1. A system of international relations can be described in terms of two sets of variables: the configuration among the political actors and the specific traits of each such actor.
2. With regard to configuration, a distinction may be drawn between both structural characteristics of the system of relations itself and the characteristics of each actor's sphere of influence or activity within that system.
3. Likewise, in considering the specific traits of the actors, one can distinguish between characteristics of relations with the outside world and characteristics of his domestic capabilities.
4. If this theoretical approach is applied to the system of relations in contemporary Europe some important analytical insights emerge.
5. Since their entry into the European system, the two flanking powers have both exercised a strong influence. The opposing tendencies that have characterised this influence are clearly manifest today, the end of the Cold War notwithstanding.
6. Despite progress in European integration, the multipolar structure of Western Europe makes US presence on the Continent an imperative need. By contrast, Russia's internal weaknesses hardly allow for making a positive contribution to the solution of European problems.
7. Lacking domestic authority as is generally characteristic for the USSR's successor-states, creates enormous problems in the endeavour to prevent dissemination of dangerous weapons.
8. The principles of bipolarity and deterrence that largely succeeded in preventing war in Europe during the period of East-West confrontation, are no longer valid. In the Eastern

and Southern regions of the Continent – i.e., on the territory of the former USSR and in former Yugoslavia – wars with much bloodshed have broken out that generally result from internal conflict.

9. Given the fact that the principal European powers are no longer divided by principled antagonism, escalation of these military conflicts is unlikely. At the same time, those wars' negative implications for countries not directly involved, create incentives for the latter to seek bringing them to an end.
10. Ethnic and nationalist factors are fundamental to the current emergence of internal conflicts. It would, nonetheless, be wrong to regard nationalism in a generally negative light. The national idea in Europe dates back to the French Revolution and, without having been abandoned in Western Europe, it has taken roots in the Eastern part of the Continent where it had been prevented from developing by imperialist repression. Stabilisation can only be attained in Eastern and South Eastern Europe on the basis of nation-state structures of the very kind that exists in Western Europe, if in a more mature form.
11. German history has to a great extent been determined by the disadvantages and risks associated with having a geopolitical position at the centre of Europe. By consistently pursuing integration in the West, above all in NATO and the EU, Germany is seeking to avoid repetition of negative historical experience.
12. In regaining their national independence after the collapse of both the "internal" and the "external" Soviet Empire, the countries of East Central Europe have now become heir to Germany's central position. In much the same way as Germany, they seek to avoid the risks and disadvantages resulting from this position by an effort to become integrated in the West, above all in NATO and the EU.